

Die Bush-Administration hat erst Anfang dieses Jahres die Regierungsgeschäfte übernommen. Wie bei jeder neuen Regierung, ob in Deutschland oder den USA, geben die öffentlichen Stellungnahmen der Regierungsvertreter wie auch die Kontinuität nationaler Interessen Aufschluss über die Ausrichtung der neuen Außenpolitik. Der folgende Überblick über die mutmaßliche Fortentwicklung des transatlantischen Verhältnisses innerhalb der neuen Administration stellt fünf wichtige Bereiche in den Mittelpunkt: als *erstes* die neue Administration selbst, das außenpolitische Team Bushs und die Kontinuität der US-Interessen; zum *Zweiten* die NATO-Politik der Administration; *drittens* die militärischen Herausforderungen und Bedrohungen; *viertens* die Raketenabwehr und Russland und schließlich *fünftens* die Wirtschafts- und Handelspolitik.

Die neue Administration

Präsident Harry S. Truman bemerkte einmal über sein Amt: „Präsident zu sein ist wie das Reiten auf einem Tiger: Entweder man reitet weiter, oder man wird gefressen.“ Am 20. Januar hat der Tiger mit der Amtseinführung von George W. Bush als dem 43. Präsidenten der USA, höchstem Beamten der amerikanischen Regierung und Oberkommandierendem der amerikanischen Streitkräfte den Reiter gewechselt.

Die Wahl, die Präsident Bush ins Amt brachte, war von Kontroversen begleitet, aber das System hat funktioniert. Alle In-

stitutionen auf Bundesstaats- und nationaler Ebene, von der Exekutive und Legislative bis hin zu den Gerichten, spielten genau die Rolle, die ihnen von den Gründervätern zugeordnet war. Viele Amerikaner waren darüber enttäuscht, dass sich ihr Kandidat nicht durchsetzen konnte, was angesichts eines solch knappen Wahlausganges verständlich ist. Nicht wenige waren mit der Urteilsbegründung des Obersten Gerichtshofes, der die Wahl letztendlich entschied, nicht einverstanden. Aber wir haben als Amerikaner George W. Bush als unseren verfassungsgemäß gewählten Präsidenten akzeptiert. Es gibt keine ernsthaften Zweifel an seiner Legitimität oder an unserer Demokratie. Es ist uns ein Anliegen, dass unsere Freunde in der Welt dies verstehen.

Es wurde viel darüber geredet, dass dem Präsidenten Erfahrungen in der Bundespolitik fehlen. Dies ist natürlich richtig. Doch über diese Erfahrung verfügten weder Bill Clinton, Ronald Reagan, Jimmy Carter noch viele andere Präsidenten, die sich aus der Reihe der Gouverneure rekrutierten. Manche von ihnen wurden erfolgreiche Präsidenten, manche weniger erfolgreiche. Doch eine große bundespolitische Erfahrung, das zeigt die historische Betrachtung, war noch nie entscheidend für die Qualität der Amtsausübung.

Jeder Präsident prägt das Weiße Haus mit seinem persönlichen Stil und erfüllt die Pflichten seines Amtes auf seine eigene Art und Weise. Man weiß, dass Präsident Bushs Managementstil darin be-

steht, die Grundlinien seiner Regierungspolitik festzulegen und deren Umsetzung im Detail an seine Mitarbeiter zu delegieren. Doch sollte man sich nicht täuschen. Dies bedeutet keinesfalls, dass der Präsident nicht die Zügel in der Hand hält oder sich vom Regierungsgeschäft fern hält. Durch das Setzen von Prioritäten, Bestimmen der Grundrichtung und Delegieren wird Präsident Bush weder seine verfassungsmäßige Autorität noch seine letztendliche Verantwortung aus der Hand geben. Um noch einmal Präsident Truman zu zitieren: „The buck stops here.“

Die Mitglieder von Präsident Bushs Kabinett verfügen über umfangreiche Erfahrungen mit einer globalen Perspektive. Viele von ihnen – insbesondere Vizepräsident Dick Cheney, Außenminister Colin Powell und Verteidigungsminister Donald Rumsfeld – haben schon zuvor wichtige Regierungsämter mit großem Erfolg ausgeübt. Ihre frühere Tätigkeit in Regierungsfunktionen belegt ihre Umsicht, ihren Pragmatismus und auch ihre Neigung als „Realisten“, mit den Bündnispartnern und Freunden auf der Grundlage gemeinsamer Interessen zu arbeiten.

Für Deutschland und Europa ist von besonderer Bedeutung, dass viele im neuen Team schon vertraute Gesprächspartner mit weit reichender Erfahrung sind. Während seiner langjährigen Karriere bei den amerikanischen Streitkräften diente Außenminister Powell zweimal in Deutschland, zuletzt in den frühen achtziger Jahren als Befehlshaber des fünften Korps in Frankfurt. Er kennt dieses Land sehr gut, hat hier viele Freunde und bringt Deutschland als Verbündetem und Partner größten Respekt entgegen. Die nationale Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice, ursprünglich eine Expertin für Osteuropa, war schon unter dem früheren Präsidenten Bush Mitarbeiterin des Nationalen Sicherheitsrates und hat maßgeblich am US-Beitrag zur deutschen Wiedervereinigung mitgewirkt. Sie ist

sogar die Mitautorin der ausführlichsten Publikation zur deutschen Wiedervereinigung aus amerikanischer Sicht. Robert Zoellick, der amerikanische Handelsbeauftragte, ist in Deutschland ebenfalls bekannt und international anerkannt auf Grund seiner Tätigkeit im Außenministerium und Finanzministerium unter dem Präsidenten Reagan und dessen Nachfolger Bush. Er war mitverantwortlich für die wichtige positive Rolle der amerikanischen Regierung bei der deutschen Wiedervereinigung.

Nach dem ersten Machtwechsel seit acht Jahren und dem ersten im dritten Jahrtausend fragen sich Amerikaner und ihre Freunde im Ausland, was aus Washington auf sie zukommt. Angesichts der vielfältigen Herausforderungen, mit denen die neue Regierung von Anfang an konfrontiert ist, ist dies eine legitime Frage.

Traditionell große Kontinuität

Dass Präsident Bush und sein Kabinett andere politische Ideen und Wege verfolgen werden, ist klar. Die amerikanische Außenpolitik allerdings zeichnet sich traditionell durch große Kontinuität aus, unabhängig davon, welche der beiden politischen Parteien an die Macht kommt. Dies liegt ganz einfach an der Konstanz der grundlegenden amerikanischen Interessenlage. Ein Regierungswechsel mag zwar einige Veränderungen der Strategien, Prioritäten und der politischen Akteure bringen, nicht aber in den Kernfragen der amerikanischen Außenpolitik.

Es sollten daher keine Zweifel daran aufkommen, ob die USA ihrer weltpolitischen Verantwortung entsprechen werden. Sie sind dazu verpflichtet. Aus Präsident Bushs Begriff des *distinctly American internationalism* (spezifisch amerikanischer Internationalismus) lässt sich keinerlei Neigung herauslesen, das Land mit einer Mauer des Protektionismus und der Isolation zu umgeben.

Anlässlich seiner Amtseinführung sagte der Präsident Folgendes: „Die Vereinigten Staaten engagieren sich auf Grund ihrer Geschichte und ihrer Entscheidung weiterhin auf der Welt und schaffen ein Kräftegleichgewicht, das zu Gunsten der Freiheit ausschlägt. Wir werden unsere Bündnispartner und unsere Interessen verteidigen. Wir werden ohne Arroganz Zielstrebigkeit zeigen. Wir werden Aggression und bösem Glauben mit Entschlossenheit und Stärke begegnen. Und allen Nationen gegenüber werden wir uns für die Werte aussprechen, die unsere Nation ins Leben gerufen haben.“

Die Rolle der NATO

Die transatlantische Allianz bleibt ein entscheidend wichtiges Bündnis für die Vereinigten Staaten. Die NATO ist so wichtig für die Zukunft, wie sie es für die Vergangenheit war. Außenminister Powell hat deutlich gemacht, dass die Bush-Administration die NATO als Eckpfeiler unseres Verhältnisses zu Europa betrachtet. Wir betrachten dieses Verhältnis als solide und positiv. In öffentlichen Stellungnahmen haben Außenminister Powell und Verteidigungsminister Rumsfeld festgestellt, dass wir in Bezug auf Sicherheitsfragen in Europa nicht unilateral handeln werden. Wir werden uns weiterhin hinsichtlich der breiten Palette transatlantischer Sicherheitsfragen eng mit unseren Bündnispartnern abstimmen.

Der Wert der NATO wird durch die Tatsache belegt, dass es zehn Jahre nach dem Kalten Krieg noch immer Länder gibt, die der Allianz beitreten wollen, und dass die NATO eine wesentliche Rolle bei der Bewahrung von Stabilität in Europa spielt. Dies gilt besonders für den Balkan, wo nach den Worten von Außenminister Powell wir dem Frieden verpflichtet bleiben, uns nicht auf und davon machen werden und uns mit unseren Bündnispartnern über die NATO-Pläne über zukünftige Truppenstärken verständigen

werden. Wie er es ausdrückte, sind wir gemeinsam hineingegangen und werden auch gemeinsam hinausgehen.

Wie der EU-Gipfel in Nizza gezeigt hat, spielen sich in Europa historische Veränderungen ab. Europäer gehen im Einigungsprozess ihre eigenen Wege nach eigenem Zeitplan. Dieser Prozess betrifft auch die Außen- und Sicherheitspolitik. Wir begrüßen ein robustes, sich enger zusammenschließendes Europa – ein Europa, das angesichts der zukünftigen Herausforderungen den USA ein noch stärkerer Partner sein wird.

Unsere europäischen Verbündeten stecken mitten in ihren Anstrengungen, ihre Verteidigungskraft zu erhöhen. Wir geben diesen Bemühungen unsere volle Unterstützung, stärken wir dadurch doch die europäische Säule der NATO und damit die NATO insgesamt. Natürlich müssen alle Veränderungen der Allianz in einem Geist des Konsenses vorgenommen werden und dürfen weder deren Stärke, Stabilität und Effektivität noch deren inneren Zusammenhalt schwächen.

Es gibt eine seit langem bestehende US-Unterstützung für eine europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die die NATO stärkt und ergänzt. Die USA arbeiten mit der EU zusammen mit dem Ziel, der EU den Zugang zum NATO-Planungsprozess für von der EU geführte Operationen sicherzustellen, um militärische Effektivität zu garantieren und unnötige Duplizierung zu vermeiden. Wir entwickeln ferner offene und transparente Verbindungen zwischen der EU und der NATO, die dies ermöglichen werden. Um die EU-Pläne effektiv umzusetzen, ist es nötig, dass unsere europäischen Bündnispartner auch die Investitionen tätigen, die zur Verbesserung ihrer militärischen Fähigkeiten erforderlich sind.

Die Regierung Bush hält an der NATO-Osterweiterung fest. Wir sollten keine Angst vor russischen Einwänden haben, sondern sollten diese politisch entkräften.

Die NATO ist nicht gegen Russland gerichtet. Weder hat sie Russland in der Vergangenheit bedroht, noch wird sie es in der Zukunft tun. Das Ziel der NATO ist die Förderung des Friedens in Europa, von dem Russland einen wichtigen Teil bildet.

Militärische Herausforderungen und Bedrohungen

Die Diplomatie wurde treffend als „Amerikas erste Verteidigungslinie“ beschrieben. Diese erste Verteidigungslinie, wann immer sie effektiv eingesetzt werden kann, ist in der Verfolgung unserer nationalen Interessen der militärischen Gewalt stets vorzuziehen. Aber die Geschichte hat leider gezeigt, dass die Diplomatie einer starken und glaubwürdigen militärischen Absicherung bedarf. Für die USA gilt dabei, dass beides gleichzeitig und wirksam in Europa und in anderen Teilen der Welt eingesetzt werden muss.

In seiner Anhörung vor dem Senat im Januar beschrieb Verteidigungsminister Rumsfeld die Sicherheitsproblematik nach dem Ende des Kalten Krieges folgendermaßen: „Das Ende des Kalten Krieges bedeutete nicht das Ende bewaffneter Konflikte oder das Ende der Gefährdung und Bedrohung amerikanischer Interessen. Tatsächlich haben zentrifugale Kräfte in der Weltpolitik eine komplexere und unberechenbarere Sorte von möglichen Gegnern hervorgebracht, deren Ambitionen und Bereitschaft zum Einsatz militärischer Gewalt wichtige amerikanische Interessen und die unserer Freunde und Verbündeten direkt berühren könnten.“

Um den militärischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht werden zu können, muss Amerikas Verteidigungsposition seinen Verpflichtungen in der Welt entsprechen. Unsere Verteidigungskraft muss sowohl für den atlantischen – vor allem innerhalb der NATO – als auch für den pazifischen Raum ausrei-

chen, vor allem im Hinblick auf Korea und Japan. Unsere Verteidigungskraft muss auch ein glaubwürdiges Abschreckungspotenzial in der Golfregion garantieren, wo eine eventuell wieder verschärfte Sanktionspolitik im Einklang mit unseren Verbündeten mit einer entsprechenden militärischen Präsenz in der Region durchgesetzt werden müsste.

Auch müssen wir berücksichtigen, dass die Stationierung amerikanischer Truppen, ob im Rahmen von Friedensmissionen oder möglicher bewaffneter Konflikte, nicht nur der Bedrohung durch konventionelle Waffen ausgesetzt wäre. Obwohl diese sicher die primäre Gefahr für unsere Frauen und Männer in Uniform bilden würden, müssen wir – ebenso wie die Armeen und Zivilisten unserer Freunde und Verbündeten – auch die Bedrohung durch raketentragene Massenvernichtungswaffen einkalkulieren.

Raketengestützte Verteidigung, strategische Rahmenbedingungen

In Anerkennung dieser Verwundbarkeit hat Präsident Bush deutlich gemacht, dass er sich unter Einsatz modernster Technologie für den Aufbau einer raketengestützten Verteidigung zum frühestmöglichen Zeitpunkt einsetzt. Verteidigungsminister Rumsfeld hat dementsprechend hervorgehoben: „Die rasante Entwicklung moderner Technologie und die Kräfte der Globalisierung, die diese unseren Verbündeten und Gegnern gleichermaßen verfügbar machen, erfordern eine Anpassung der amerikanischen Verteidigungsstrukturen. Die amerikanische Bevölkerung, unsere Truppen im Ausland und unsere Freunde und Verbündeten müssen vor der Bedrohung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen geschützt werden.“ Somit ist klar, dass es sich nicht um eine „nationale“ Raketenabwehr handelt, sondern um eine Raketenabwehr auch für Bündnispartner und Freunde.

Die US-Pläne zur Raketenabwehr müssen in einen größeren strategischen Rahmen eingepasst sein – einschließlich unserer Offensivwaffen und unserer Bemühungen um Rüstungskontrolle und Nichtweiterverbreitung. In diesem größeren Rahmen brauchen wir auch unsere Bündnispartner und Freunde. Bei der Überprüfung dieses ganzen strategischen Bezugsrahmens und bevor wir wichtige Entscheidungen zur Raketenverteidigung festlegen, werden wir sie konsultieren, um ihre Meinung einzuholen, um sicher zu gehen, dass sie unsere Vorgehensweise verstehen und wir ihre Beteiligung angemessen berücksichtigen.

Rede vom 1. Mai

In seiner Rede vom 1. Mai, in der er eine hochrangige US-Delegation zu Konsultationen mit den Bündnispartnern ankündigte, gab Präsident Bush eine knappe und genaue Zusammenfassung der US-Politik:

„Um Frieden zu bewahren und unsere Bürger sowie unsere eigenen Bündnispartner und Freunde zu schützen, müssen wir eine Sicherheit anstreben, die auf mehr als dem Furcht erregenden Prinzip gründet, dass wir diejenigen zerstören können, die uns zu zerstören versuchen. [...] Die Welt von heute erfordert eine neue Politik, eine umfassende Strategie aktiver Nichtverbreitung, Bekämpfung der Weiterverbreitung und die Entwicklung von Verteidigungssystemen. Wir müssen mit gleichgesinnten Nationen zusammenarbeiten, um denjenigen die Waffen des Schreckens zu verweigern, die sie beschaffen wollen. Wir müssen mit Bündnispartnern und Freunden zusammenarbeiten, die sich uns anschließen wollen, um sich gegen das Leid zu schützen, das sie zufügen können. Und gemeinsam müssen wir alle abschrecken, die ihren Einsatz in Erwägung ziehen. Wir benötigen neue Abschreckungskonzepte, die sich sowohl auf offensive als

auch auf defensive Streitkräfte stützen. Abschreckung kann nicht mehr ausschließlich auf der Androhung eines nuklearen Vergeltungsschlags gründen. Verteidigungssysteme können die Abschreckung stärken, indem sie den Anreiz zur Weiterverbreitung verringern.

Wir benötigen einen neuen Rahmen, der uns den Aufbau von Raketenabwehrsystemen gegen die verschiedenen Bedrohungen der Welt von heute gestattet. Um das zu tun, müssen wir uns der Zwänge des dreißig Jahre alten ABM-Vertrags entledigen. Dieser Vertrag trägt der Gegenwart weder Rechnung, noch weist er uns den Weg in die Zukunft. Er konserviert die Vergangenheit. [...] Dieser neue Rahmen muss weitere Reduzierungen von Nuklearwaffen fördern. [...] Wir können und werden den Umfang, die Zusammensetzung und den Charakter unserer Nuklearstreitkräfte in einer Weise verändern, die der Tatsache Rechnung trägt, dass der Kalte Krieg vorüber ist.

Ich möchte die Arbeit an der Umwandlung unserer Beziehungen vollenden – auf einem nuklearen Gleichgewicht des Schreckens gründende Beziehungen sollen zu Beziehungen werden, die auf gemeinsamer Verantwortung und gemeinsamen Interessen basieren. Es mag Meinungsverschiedenheiten mit Russland geben, aber wir sind keine strategischen Gegner und dürfen es nicht sein. Russland und Amerika sehen sich beide neuen Bedrohungen ihrer Sicherheit gegenüber. Gemeinsam können wir die heutigen Bedrohungen bewältigen und die Chancen von heute nutzen. Wir können Technologien erforschen, die das Potenzial besitzen, uns alle sicherer zu machen.

Die USA werden die Raketenabwehr auch mit den Russen und Chinesen diskutieren. Wir werden deren Bedenken berücksichtigen und sie davon zu überzeugen versuchen, dass die Raketenab-

wehr nicht gegen sie gerichtet ist. In seiner jetzigen Form ist der ABM-Vertrag allerdings dem neuen strategischen Rahmenkonzept der USA nicht angemessen. Wir hoffen, die Russen von unserer Notwendigkeit überzeugen zu können, eine wirksame Raketenabwehr zu installieren, die aber keine Gefahr für die russische Abschreckung darstellt.

So wichtig sie auch sind, der ABM-Vertrag und die Raketenabwehr sind lediglich ein Aspekt unseres Verhältnisses zu Russland. Dieses kann nur dann erfolgreich sein, wenn, wie Außenminister Powell ausgeführt hat, Russland das tut, was es tun muss, [...] die Reformen vorantreibt – vor allem durch die feste Etablierung des Rechtsstaates, die Ausmerzung von Korruption, keine Weitergabe von Raketentechnologie und Nuklearmaterial (und) keinen weiteren Verkauf von destabilisierenden konventionellen Waffen an solche Staaten wie etwa den Iran“. Die größere Herausforderung für die USA und Europa ist es, dem russischen Volk zu helfen, seine Zukunft zu gestalten. Dazu gehört, die Demokratie zu festigen, das Wirtschaftssystem neu zu strukturieren, sich mit Nachdruck und zügig für eine niedrigere Zahl an Atomwaffen einzusetzen und eine größere Stabilität an seinen Grenzen sowie einen solideren, dauerhafteren Frieden für sich selbst und die Menschen in ihrer Region zu schaffen.

Wirtschafts- und Handelspolitik

Es ist im Zeitalter der Globalisierung unmöglich, von Außenpolitik zu sprechen und dabei die eng damit zusammenhängenden Bereiche Wirtschaft und Handel außer Acht zu lassen. Vielmehr sind offene Märkte, offene Gesellschaften, der freie Austausch von Informationen und Ideen, das Wachstum der privaten Wirtschaft nicht zu trennen vom Wachstum der Volkswirtschaften, deren Mittelklasse und bürgerlichen Freiheiten. Es

sind diese Prinzipien und nicht Protektionismus und Isolationismus, die zu sozialer Stabilität und einem gesellschaftlichen Grundkonsens beitragen. Es sind diese Prinzipien, die der Freiheit und dem privaten und öffentlichen Wohl dienen.

Auch der Zusammenhang zwischen einer starken Wirtschaft und dem Freihandel ist kein Zufall. Der US-Handelsbevollmächtigte Robert Zoellick bemerkte dazu: „Die zeitgleiche Erweiterung des Welthandels und das Wirtschaftswachstum in den USA sind nicht zufällig, sondern vollzogen sich im Einklang miteinander. Das eine stärkt und untermauert das andere. Zudem fordern Handelsbeschränkungen ihre Opfer: die Bauern, Lehrer, Arbeiter und Angestellten, kleine Unternehmer und viele andere, die für Bekleidung, Nahrungsmittel, Geräte und Häuser als Folge von sichtbaren und unsichtbaren Zöllen mehr bezahlen müssen.“

Mit anderen Worten: Handelsbeziehungen sind kein Nullsummenspiel. Die Welt des vom Merkantilismus geprägten achtzehnten Jahrhunderts existiert nicht mehr. Der Freihandel setzt ungeheure Kräfte frei, die sich nicht nur in Wirtschaftsreformen und Wachstum niederschlagen. Er führt auch zu besseren Beziehungen der Nationen untereinander. Langfristig verbessert ein vom Freihandel gefördertes Wirtschaftswachstum auch die Arbeits- und Umweltbedingungen.

Die USA und die EU – einschließlich Deutschlands als des größten EU-Mitgliedes – unterhalten die weltweit mit Abstand umfangreichsten Investitions- und Handelsbeziehungen. Das beiderseitige Investitionsvolumen von EU und USA beläuft sich auf etwa 300 Milliarden Dollar, wobei jeder der beiden Partner jeweils etwa drei Millionen Bürger des anderen beschäftigt. Das transatlantische Handelsvolumen bei Gütern und Dienstleistungen erreicht 500 Milliarden Dollar pro Jahr. Es wäre töricht, bei unseren

Streitigkeiten zum Beispiel über hormonbehandeltes Fleisch nicht auf diesem soliden Fundament aufzubauen. Diese Streitigkeiten beizulegen und Handelsbarrieren abzubauen ist eines der zentralen Anliegen der Regierung Bush. Die Regierung betrachtet es als ihr vitales Interesse, mit der EU und den Beitrittskandidaten in Zentral- und Osteuropa das gewaltige Potenzial des durch Handel und Investitionen geschaffenen transatlantischen Marktes auszuschöpfen und den WTO-Prozess zu stärken und zu beschleunigen. Bei ihrem Gipfeltreffen in Göteborg im Juni haben die Vereinigten Staaten und Europa ihre Verpflichtungen bekräftigt, beim bevorstehenden WTO-Ministertreffen in Doha eine neue multilaterale Handelsrunde zu starten.

Welche Schlussfolgerungen können wir hinsichtlich der transatlantischen Politik der neuen Regierung zu Anfang ihrer Amtszeit ziehen? Auf der Grundlage der Aussagen von Präsident Bush und seiner außenpolitischen Mannschaft können wir Kontinuität bei den US-Interessen erwarten, ein klares Votum für die Bedeutung des transatlantischen Verhältnisses, Pragmatismus, Realismus und das, was einige bei verschiedenen Anlässen mit Begriffen wie „Bescheidenheit“, „bescheiden“ und „ohne Arroganz“ beschrieben haben; die Einstellung also, dass die US-Position als Supermacht, die Komplexität der Welt nach Ende des Kalten Krieges und die engen Verbindungen zu den Freunden und Verbündeten der USA Konsultation und Überzeugung nach sich ziehen und nicht Belehrung.

Wie Außenminister Powell sagte, wird die NATO weiterhin der Eckpfeiler des transatlantischen Verhältnisses sein. Die Administration setzt auf Konsultationen sowohl in Bezug auf die zukünftige Truppenstärke auf dem Balkan, die angemessene Entwicklung von ESPD wie auch die NATO-Erweiterung. Massenvernichtungswaffen außerhalb der bipolaren

Welt des Kalten Krieges und nicht-konventionelle Bedrohungen sind Besorgnis erregende neue Faktoren. Ein Aspekt dieser neuen Bedrohungen ist die Raketenabwehr – und zwar für die Bündnispartner und Freunde und nicht nur für die USA. Die Raketenabwehr ist Teil eines breiteren strategischen Rahmenkonzeptes, welches auch Rüstungskontrolle und -abbau sowie Bemühungen um Nichtweitergabe einschließt. Auch in diesem Bereich sind Konsultationen entscheidend. Diskussionen mit Russland und China sind Teil des Ganzen. Gleichzeitig sollten wir beachten, dass diese Fragen zu strategischen Atomwaffen lediglich Teil viel umfassenderer Beziehungen zu Russland sind, die nur in dem Maße erfolgreich sein können, wie Russland Reformen umsetzt, und zwar mit der vollen Unterstützung, die wir alle gemeinsam anbieten können.

Die Wirtschafts- und Handelspolitik ist der andere wichtige Bereich innerhalb der transatlantischen Beziehungen und wird auch weiterhin durch freundschaftlichen Wettbewerb gekennzeichnet sein. Der Schlüsselbegriff hierbei ist „freundschaftlich“, denn der riesige Fluss an Handelsgütern und Investitionen über den Atlantik ist kein Nullsummenspiel. Da zwischen beiden Partnern der größte Handels- und Investitionstransfer weltweit besteht, ist es unausweichlich, dass die USA und Europa Differenzen bei bestimmten Handelsfragen haben. Wir müssen dabei im Auge behalten, dass diese Differenzen – ähnlich wie diejenigen bei politisch-militärischen Themen – aus der Intensität der transatlantischen Beziehungen herrühren sowie aus der Notwendigkeit, diese fortzusetzen.

Dieser Artikel ist eine Analyse der beiden Autoren. Obwohl sie extensiv offizielle Stellungnahmen, Reden und Interviews benutzt haben, repräsentiert ihr Artikel nicht notwendigerweise die Ansichten des US-Außenministeriums. Die Autoren danken für die Hilfestellung vieler Kollegen der US-Vertretung in Deutschland, insbesondere Bernd Herbert in Köln, Michael R. DeTar und David Farrar in Frankfurt und Richard Schmierer in Berlin.